

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Band: 19 (1967)
Heft: 7

Rubrik: Die Welt im Radio und Fernsehen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abklärung im Radiokrieg?

FH. Wir haben vor einigen Wochen zu Jenen gehört, die sich von den Debatten im Nationalrat eine grössere Klärung der Situation unseres Radios erhofften. Wir haben uns leider getäuscht; die wesentlichen Fragen sind mit geringen Ausnahmen keineswegs bis zu den entscheidenden Nervenzentren verfolgt worden. Wo es schwierig wurde, wurde darüber hinweggeglitten oder offen ausgewichen. Wir beneiden die Programmschaffenden des Radios angesichts dessen um ihre Tätigkeit in der kommenden Epoche nicht, aber auch die Hörerschaft wird darunter zu leiden haben, weil sie sich in vielen Punkten viel zurückhaltenderen, salzloseren Sendungen gegenübersehen wird. Solange manche Punkte nicht abgeklärt sind, bleibt den Studios nicht viel anders übrig, als umstrittenen Themen und allen etwas gewürzteren Sendeformen aus dem Wege zu gehen.

Fest steht, dass der Bundesrat entschieden erklärt, nur im Rahmen der ihm in der Konzession übertragenen Rechte auf die Rundspruchgesellschaft einwirken zu wollen. Aber ebenso sicher ist, dass er direkt auf die Programmgestaltung einzuwirken versucht hat. Ob das zu Recht oder zu Unrecht geschah, liesse sich erst sagen, wenn man genau wüsste, welche Sendungen dem Bundesrat nicht gefallen haben. Aber gerade darum ist der bundesrätliche Sprecher im Nationalrat sorgfältig herumgegangen. Auch in einem spätern Fernseh-Interview ist Bundesrat Gnägi allen diesbezüglichen Fragen klar ausgewichen. Es besteht kein Zweifel, dass der Eindruck davon in weiten Kreisen nicht günstig ist. Wenn die Kritik berechtigt war, hätte er ruhig dazu stehen können.

Wie wir aus Radiokreisen erfahren, war die bekannte Sendung «Mini Meinig — Dini Meinig» Stein des Anstosses, und solche Stellen, die sich auf das Telefon-Abhorchen, die Aussperrung der Vietnam-Kinder, die Integration und anscheinend auch auf den Zivildienst bezogen. Es sind heisse Themen; bei einigen nimmt ein nicht unbedeutender Teil unseres Volkes eine vom Bundesrat und der Parlamentsmehrheit abweichende Stellung ein. Selbstverständlich ist dies kein Grund, sie in Zukunft auszuschliessen oder an den Sendern nur noch nüchtern zu behandeln, und besonders nicht, sie nicht mehr satirisch oder sonst zu karikieren.

Aber gerade darüber, ob das weiter möglich sein wird, hat die Debatte keine Abklärung gebracht. Wohl wurde bundesrätlich dem Radio das Recht der Kritik zugebilligt, aber es fiel auch ein gefährliches Wort: «Blosse Kritik um der Kritik willen» sei nicht mit der Programmkonzeption zu vereinbaren. Ebenso wurde von einflussreicher Seite verlangt, dass in Zukunft bei solchen Sendungen «keine Proportionen mehr verschoben werden», «keine Zerrbilder mehr ausgestrahlt» werden dürften.

All das kann bedeuten, dass in Zukunft gerade bei umstrittenen Themen Scherz, Satire, Spott, Karikatur, Ironie nicht mehr verwendet werden dürfen. Sie beruhen alle auf einer mehr oder weniger starken Verzerrung, Einseitigkeit, Verschiebung der Proportionen. Aber niemand (ausser den jeweils Betroffenen) wollte sie doch an unsern Sendern missen, auch nicht in politischen Fragen. Nur in kommunistischen Ost-Blocksendern sind sie verboten, aber im Westen stellen sie einen wichtigen Anwendungsfall echter Geistesfreiheit dar. Mit Witz und Geist verwendet, sind sie unvergleichliche Hilfsmittel im Kampf um die Wahrheit gegen alle Muffigkeit, Wichtigtuerei, Philisterei und andere Sünden. Sie wirken entlarvend und blickschärfend. Wie oft ist gerade in der Politik treffende Demaskierung angebracht! Nur sie allein vermögen auch manchen mühseligen und querulantenhaften Streit in ein befreiendes Lachen aufzulösen.

Bis jetzt war dies möglich, selbst wenn Bundesräte direkt betroffen wurden. Wir können uns zum Beispiel noch gut erinnern, wie an der Basler Fasnachts-Sendung regelmässig der langjährige Bundesrat Etter in witzigen Versen als der «Eternelle» erschien. Ist die Karikatur an bundesrätlichen Handlungen in Zukunft noch erlaubt? Wir verlangen: ja. Wir müssten sonst die schlimme Feststellung treffen, dass ein Voltaire, ein Heinrich Heine und manch andere Ironiker und Satiriker der Weltliteratur an unsern Sendern unmöglich wären. Das würde diesen den Anspruch rauben, weiterhin für voll genommen zu werden, und eine entsprechende Abwanderung der Schweizer zu andern Sendern bewirken müssen.

Selbstverständlich muss dies mit Niveau geschehen. Dumme Anrempelungen und Blödeleien gehören nicht in die Programme, auch nicht blosse Giftspritzen. Hier fängt die Aufgabe der Studiodirektoren an, zu deren selbstverständlicher Pflicht es gehört, alle Sendemanuskripte vorher zu prüfen und darüber zu wachen, dass sie im kritischen Augenblick nicht willkürlich abgeändert werden. Es ist selbstverständliche Pflicht aller Programmmitarbeiter, ihre Texte vorher dem Chef vorzulegen, wie dies auch jeder Chefredakteur einer Zeitung verlangen kann. Mit Zensur hat das nichts zu tun, wohl aber mit einer klaren Situation in der Frage der Verantwortlichkeit, die nicht in ungezählte Teile aufgesplittert werden darf und kann, über die der Aussenstehende keinen Ueberblick hat.

*

Es zeigt sich dabei einmal mehr, wie wichtig der schöpferische Programmschaffende ist. Auf ihn kommt es an, oft ganz allein, und eine echte Diskussion im Nationalrat hätte ihn keinesfalls auslassen dürfen. Es liegt im öffentlichen Interesse, dass den Begabten unter ihnen möglichste Freiheit gewährleistet bleibt, schon damit unsere Sender den Konkurrenzkampf mit den ausländischen ehrenvoll bestehen können, der heute kein Spass mehr ist. Schon Allzu viele haben den Dienst beim Radio wegen der dort herrschenden Beschränkungen quittiert. Aus diesem Grunde können wir auch nicht ohne ernste Bedenken von gewissen Absichten Kenntnis nehmen, in einem Gesetz «Richtlinien für die Organisation des Programmdienstes» festzulegen. Das könnte leicht dazu benützt werden, dass zum Beispiel die Parteien versuchten, auf Personalfragen auf diesem Gebiet Einfluss zu nehmen, vielleicht noch gar proportionale Vertretung zu verlangen. Bei der Besetzung der entsprechenden Dienste käme es dann nicht mehr auf die geforderte Begabung an, sondern auf die Parteizugehörigkeit. Das Resultat wäre bestenfalls ein neuerliches Absinken der Programme auf ein trostloses, durchschnittliches Alltagsmass, und führte zur Abwanderung besonders von Radiobegabungen, von Leuten, die mit dem Ohr schreiben können, an ausländische Sender.

Es muss ein zentrales Grundprinzip aller Senderpolitik bleiben, Begabte mit allen Mitteln zu fördern. Auch wenn sie vielleicht einmal daneben hauen, weil sie auch nur Menschen sind. Alles andere hat dahinter zurückzutreten. Dazu brauchen aber die Studioleitungen entsprechend freie Hand; sie dürfen hier durch keinerlei gesetzliche Bestimmungen eingeengt werden. Man wird auf diese gesetzgeberischen Tendenzen ein scharfes Auge haben müssen.

Ueber all das wurde im Nationalrat kaum gesprochen; es ging dort vorwiegend um kaum getarnte, politische Ziele. Nur ein einziger dort geäussertes Gedanke verdient nachhaltige Unterstützung; die Schaffung eines sachverständigen, unabhängigen Gremiums, an das Beschwerden über Sendungen gerichtet werden können nach ausländischem Vorbild. Auf diese Art und Weise liessen sich gewisse autoritäre Auswirkungen des Radiomonopols, die bei

der Rundspruchgesellschaft hie und da sichtbar werden, besser bekämpfen. Doch würde es dazu keiner besondern Verfassungsänderung bedürfen; es wäre dies noch durchaus im Rahmen der Konzession möglich.

Es wird noch viel abzuklären sein, bis in der ganzen Radio- und Fernsehorganisation wieder einigermaßen Ruhe einkehren kann. Vorläufig bleibt nur zu hoffen, dass nicht die Ruhe der Bedeutungslosigkeit und Unverbindlichkeit einkehrt, und Radio und Fernsehen beweisen, dass sie noch Zähne haben, und auf vermehrte radiophonische Qualität hinarbeiten.

Eglisau statt Zuoz wegen Lawinengefahr

Der Karfreitag im Radio und im Fernsehen

R. St. Dankbar haben wir registriert, dass der Karfreitag Morgen am Radio nicht mit einer kunterbunten Auto-sendung begonnen wurde. Die Versuchung lag zwar nahe; denn am Donnerstag abend wurde beinahe im Stil eines Manöverberichtes mitgeteilt, dass «unabsehbare Autokolonnen aus dem Raume Süddeutschland in Richtung Gott-hard im Anrollen» seien.

Gut gemeint, aber etwas hilflos klang der Morgengruss des Radiosprechers, der den Hörern «an diesem besinnlichen Tag ein frohes Gemüt» wünschte. Warum eigentlich immer diese platten Adjektive? «Besinnlich» scheint in der Radio-Ansage ein Lieblingsausdruck für alles, was nicht für Krethi und Plethi bestimmt ist: von ermunternden Sprüchen über Mozartquartette bis zum Karfreitag. Und das «frohe Gemüt» bewies, dass der Herr am Mikrophon keine Ahnung vom Sinn des Tages hatte.

Nachher aber folgte ein prächtiger Vormittag mit dem Höhepunkt der «Kreuzesbetrachtung» eines Mitgliedes der Bruderschaft von Taizé. Wie gediegen hob sich diese sachliche Auslegung der evangelischen Berichte über den Tod Jesu ab von Predigten in mancherlei Sprachen, die an diesem Morgen über das gleiche Geschehen durch den Aether drangen! Die meisten Radioprediger, vor allem jene deutscher Zunge, können sich leider nicht vom pathetischen Kanzelton trennen, der in der Wohnstube immer deplaziert wirkt. Der Mann aus Taizé dagegen sprach ruhig, gut, sehr klar und sehr eindringlich — aber durch das, **was** er sagte, und nicht wie er es sagte. —

Das deutschschweizerische Fernsehen hat jahrelang am Karfreitag völlig geschwiegen unter der richtigen Voraussetzung: besser nichts senden als etwas Unpassendes. Offenbar geht das nun nicht mehr, seit bald in jedem Haus die Konzession für eine Antenne bezahlt wird.

Leider musste der mit grosser Umsicht vorbereitete Gottesdienst aus Zuoz im letzten Augenblick abgesagt werden: Die schweren Lawenniedergänge im Engadin hätten den Transport der technischen Einrichtungen zum allzu riskierten Wagnis werden lassen.

Da sich die Gemeinde Eglisau schon früher für eine Uebertragung bereit erklärt hatte, wurden ihre kirchlichen Behörden angefragt und erteilten sofort ihre Zustimmung.

Nur wer sich etwas im Fernsehbetrieb auskennt, ermisst, welche Schwierigkeiten nun zu überwinden waren: Es mussten technische Messungen vorgenommen werden, bevor die verschiedenen Kameras installiert werden konnten. Die Fernseh-Equipen haben beste Arbeit geleistet, und sie wurden dabei in Eglisau nach Kräften unterstützt. Denn auch für den dortigen Pfarrer bedeutete die überstürzt angesagte Uebertragung grosse zusätzliche Mehrarbeit in der Karwoche: Beispielsweise musste er den exakten Ablauf

des Gottesdienstes samt gelesenen Texten, Liedern und der wörtlich zu haltenden Predigt so rasch als möglich dem Studio zur Verfügung stellen, damit die neuen Texte per Fernsehschreiber ans welsche Fernsehen telegraphiert werden konnten. Dort wiederum musste alles in Nacharbeit ins Französische übersetzt werden.

All diese äusseren Dinge sind natürlich nicht entscheidend. Aber nur wenn alles klappt und alle Beteiligten guten Willens sind, lässt sich ein «Ersatz» für eine wohl vorbereitete Uebertragung noch im letzten Augenblick so gestalten, dass er wirkt, wie — eben die Karfreitagsfeier von Eglisau.

Pluralismus, die bittere Arznei

II.

Der Schlachtruf «Gott ist tot» hat einen tiefen Sinn. Er meint, dass der selbstverständliche Gott tot ist. Marx, Nietzsche, Freud haben uns einen grossen Dienst nach dieser Richtung erwiesen. Sie haben uns klar gemacht, dass wir Gott nicht als etwas Selbstverständliches hinnehmen können, dass der Glaube nicht die natürliche Folge von dem ist, was wir sehen, sondern die Antwort, die wir auf die Stimme Gottes in Christus geben trotz so vielen negativen Beweisen. Luther pflegte zu sagen, dass wir im Glauben nicht auf Sicherheit ausgehen dürften, sondern auf Gewissheit (aus dem englischen rückübersetzt, Red.). Der Pluralismus zwingt uns alle in eine Lage, in der wir unsern Sicherheitskomplex los werden müssen, um der Gewissheit ihre wahre Chance zu geben. Diejenigen unter uns, welche das Vorrecht eines engen Kontaktes mit Christen hatten, die unter grossem Druck standen, haben wieder und wieder gefunden, dass deren Glaube eine Tiefe hatte, die wir kaum je in leichteren Lebenslagen finden. Ein Bonhoeffer, eine Simone Weil und beste, christliche Männer und Frauen in kommunistischen Ländern haben für uns eine zwingende Botschaft, denn sie sprechen aus tiefster Gewissheit, die uns auf alle Sicherheit verzichten lässt.

Noch etwas ist zu sagen. In der frühern Lage, als das Christentum ein Monopol besass, wenigstens auf offizieller Ebene, waren die Christen ständig versucht, zu herrschen statt zu dienen. Ihre Vertreter gaben von oben Befehle aus, und wer sich nicht unterwarf, riskierte die Vernichtung. Die Geschichte des durch Macht korrupt gewordenen Christentums — nicht etwa nur in dem Fall der scheusslichen Inquisition, sondern auch in jenen subtileren Allianzen und Techtelmechteln zwischen Kirche und Welt — ist so bekannt, dass sie hier nicht zu entwickeln ist. Pluralismus aber bedeutet, dass keine Kirche oder Philosophie mehr den ganzen Betrieb leiten kann. Damit ist die Kirche wieder auf ihre eigentliche Aufgabe zurückgeworfen. Sie kann nur noch als dienende Kirche leben. Das bedeutet keineswegs einen Rückzug von der Gesellschaft, aber es bedeutet eine verschiedene Form ihres Daseins in der Gesellschaft. So wird sie auch weniger und weniger mit den herrschenden Zuständen verknüpft und für diese verantwortlich gemacht. Sie bekommt mehr Freiheit zum Experimentieren. Da sie keine soziale und politische Stellung mehr zu verteidigen hat, erhält sie eine neue Biegsamkeit. Ihr Einfluss auf die Gesellschaft erfolgt nicht mehr in der Form einer allgemein akzeptierten Aufsicht. Sie muss sich deshalb notwendig auf die Heranbildung individueller Christen konzentrieren, die in ihrer täglichen Arbeit christliche Ueberzeugungen dem Leben der Gesellschaft einzuflössen vermögen. Dadurch bekommen endlich auch die Laien eine echte Chance, und der

Christ wird eine erkennbare Person, statt nur das fragwürdige Produkt einer zunehmend verwässerten Tradition.

Visser't Hooft weiss wohl, dass manches, was er hier geschrieben hat, mehr Erwartung als bereits fertige Tatsache ist. Aber er glaubt, dass die pluralistische Gesellschaft voller Gelegenheiten ist und zu einer Erneuerung und nicht zum Niedergang des Christentums führen wird, sofern die Christen die Zeichen der Zeit verstehen und wirkliche Einsicht zeigen. Die Statistiken werden vielleicht klar machen, dass die Zahl der Christen im Verhältnis zur Bevölkerung zurückgeht. Die soziale und offizielle Position der Kirchen mag vielleicht schwächer werden als sie einst war. Wenn aber die Kirchen erwachen und das Licht sehen, so werden sie eine neue, echte Ganzheit und dadurch einen tiefern Widerhall finden.

Die Christenheit sollte das Salz der Erde sein, doch das Salz ist geschmacklos geworden. Die neue Situation kann und muss bedeuten, dass der Geschmack des Salzes erneuert wird. (Fortsetzung folgt.)

Die Reformation mit marxistischen Augen

«Die Reformation ist der erste und entscheidende Akt der frühbürgerlichen Revolution», so lautet die Grundthese des Marxismus, die Prof. Nipperdey in einer Sendung des Südwestfunks an die Spitze seiner Betrachtungen stellte. Nach dieser Auffassung ist die Reformation also etwas ganz anderes, als was sie zu sein den Anschein hat oder zu sein beansprucht. Sie ist eine «Revolution» und zwar Revolution in Beziehung auf eine Bevölkerungsklasse, das Bürgertum, also nicht eine religiöse, sondern soziale Erscheinung. Sie war erfolgreich und hat sich mit geschichtlicher Kraft konsolidiert.

Nach marxistischer Auffassung, die Nipperdey nicht teilt, ergibt sich dies aus den Gründen, durch die sie sich durchgesetzt hat. Es gab damals zahlreiche Krisen, so eine politische Krise des deutschen Reiches, Spannungen zwischen den verschiedenen Landesfürsten, zwischen den Fürsten und dem Adel, dann die Krise der Kirche als Glaubensgemeinschaft, mit schwerer öffentlicher Kritik, religiöser Unsicherheit und schliesslich eine Dauer-Diskussion um die unvermeidliche, kirchliche Reform. Dazu die sozialen Konflikte: die Gegensätze zwischen Bauern und Herren mit Aufstandsbewegungen besonders in Oberdeutschland, wie überhaupt einen allgemeinen Aufstand des gemeinen Mannes, der sich langsam seiner selbst wieder bewusst wird. Auch in den Städten gibt es ähnliche Auseinandersetzungen zwischen den alten Zünften und andern, neuen Schichten, den grossen Handelsgesellschaften, wie etwa die Fugger und die Konflikte um ihre Praktiken.

An diesen Krisen setzt nun die marxistische Deutung ein. Die Auffassung, dass neben diesen noch ein breiter Strom allgemeiner Selbstverständlichkeit einherläuft, wird abgelehnt. Alle diese Krisen werden zu einer einzigen zusammengefasst. Sie haben einen gemeinsamen Nenner und Ursprung, alles andere gilt als «unwissenschaftlich». Gründe waren darnach einzig ökonomisch-soziale Veränderungen sowie Veränderungen der sogenannten Produktivkräfte und das Entstehen der kapitalistischen Produktionsweise, die in Gegensatz zur herrschenden Gesellschafts- und Rechtsordnung geriet. Diese wird als feudalistisch, die neu aufsteigende Ordnung als bürgerlich charakterisiert. In diesem Gegensatz wird die Reformation gesehen, und zwar so, dass alle andern Gegensätze überlagert und krisenhaft verschärft werden.

Das geht nicht ohne Künstlichkeiten ab. Ueber Luthers Eintritt ins Kloster wird zum Beispiel gesagt, hier habe sich der Gegensatz zwischen alt und neu in einer privaten Entscheidung ausgewirkt, diese sei nur Ausdruck einer allgemeinen Krise.

Wichtig sind noch einige andere Feststellungen: die Reformation sei eine Bewegung des Volkes gewesen, sie sei von unten nach oben erfolgt und nicht umgekehrt, weshalb sie eben eine Revolution gewesen sei. Der Erfolg Luthers sei auch dadurch zu erklären, dass er die vorhandenen, antirömischen Gefühle aktualisiert habe. Die Reformation habe sich durchgesetzt als Angriff auf die Kirche, nicht als neue Theologie. Auch der Bauernaufstand stehe im Zusammenhang mit der Reformation. Dieser Zusammenhang ist für die Marxisten ein zentrales Phänomen. Von dieser Basis aus wird dann die am Anfang erwähnte These von der Reformation als der «frühbürgerlichen Revolution» entwickelt.

Es werden zwei Ueberlegungen dafür angeführt. Aus dem Gegensatz zwischen der früh-kapitalistischen Produktionsweise und der alten, feudalen Zunft- und Bodenwirtschaft wird die Notwendigkeit des Fortschrittes zum Kapitalismus abgeleitet. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den vielen Aufgaben, das feudalistische System zu beseitigen. Zu diesen Aufgaben wird die Ausbildung einer nationalen Monarchie bei der deutschen Reformation gerechnet, um einen nationalen Markt und eine zentrale Gewalt zu schaffen. Aus der französischen und englischen Geschichte wird nämlich abgeleitet, dass eine grosse, nationale Monarchie einen Fortschritt gegenüber dem zersplitterten, alten Feudalismus repräsentiert. Das wird besonders in der Sowjetzone betont.

Warum ist denn aber gerade die Reformation diese notwendige Revolution? Der Marxismus sieht in der (alten) Kirche jene Einrichtung, welche die herrschenden Verhältnisse mit einer gewissen religiösen Weihe umgibt und sie stabilisiert, und den Aufstieg der bürgerlichen Wertordnung, Beseitigung der Geringschätzung der bürgerlichen Tätigkeit gegenüber derjenigen der Priester und Mönche, verhindert. Als Grossgrundbesitzer ist die Kirche Nutzniesserin der feudalen, alten Ordnung und steht wegen ihrer Abhängigkeit von Rom und dessen finanzieller Ausbeutung der Länder (z. B. Ablasswirtschaft) im Gegensatz zu den neuen Bedürfnissen des Staates. Endlich ist die Kirche auch der schwächste Punkt des alten, feudalen Systems, weil ein Angriff auf die Kirche jedenfalls bei einem Teil der Fürsten und regierenden Kreise auf Zustimmung rechnen konnte. Aus diesem Grunde gilt der Angriff auf die Kirche als Angriff auf das Herzstück des feudalen Systems, der zur historischen Notwendigkeit jedenfalls in Deutschland wurde, wo die Reformation begann. Deshalb ist die Reformation in den Augen der Marxisten die «frühbürgerliche Revolution». Der Bauernkrieg zeigt dann, als «Folge der Reformation», wie sehr diese über den Angriff auf die alte Kirche hinaus eine antif feudale Revolution gewesen ist.

Auf diese Weise glaubt die marxistische Theorie das Problem zu lösen, eine Einheit der drei grossen Erscheinungen von damals, der allgemeinen Krise, der Reformation und des Bauernkrieges herzustellen. Aber diese Konstruktion kommt in grosse Schwierigkeiten, sobald nach dem Träger dieser Revolution gefragt wird. Die genannte Auffassung hätte zur Voraussetzung, dass die Bürger die Träger der reformatorischen Bewegung gewesen sein müssten. Aber die eigentlichen Vertreter des frühen Kapitalismus, die grossen Handelsgesellschaften, stehen keineswegs im Gegensatz zum alten Feudalsystem und sind auch keineswegs die führenden Kräfte der Reformation. Schluss folgt